

Karikatur der Menschenrechte

Von Alex Baur — Der Gerichtshof in Strassburg hat wieder einmal zugeschlagen: Ein krimineller Asylbetrüger darf in der Schweiz bleiben, damit er seine fünfzehnjährige Tochter sehen kann.



Alles Makulatur: EMRK-Richterin Keller.

Asylbetrug ist ein hässlicher Begriff. Doch im Fall von Mauro Espana fällt einem beim besten Willen nichts Freundlicheres ein. Drei offenkundig haltlose Asylgesuche stellte der Ecuadorianer zwischen 1995 und 1999 in der Schweiz, dreimal wurde er heimgeschafft. Seine Schauergeschichten wurden in mühsamen Abklärungen durch die Schweizer Botschaft vor Ort geprüft und widerlegt. Als er am 1. Januar 2002 samt Ehefrau, Tochter und Stieftochter zum vierten Mal in die Schweiz einreiste, war Espana besser vorbereitet. Diverse Dokumente sollten belegen, dass er in seiner Heimat politisch verfolgt und gefoltert wurde.

Auf Geheiss des Bundesverwaltungsgerichtes (BVGer) klärte die Schweizer Botschaft in Quito die von Espana beigebrachten Dokumente und Zeugnisse nun besonders sorgfältig ab. Und stellte erneut fest: alles Fälschungen, Lug und Trug. Ausgeschafft würde Espana trotzdem nicht. Wer sich die Details der kafkaesk anmutenden Justizgeschichte zumuten will, kann diese in der *Weltwoche* vom 27. Januar 2011 («Farce mit Folter») nachlesen. Mit Entscheid vom 7. September 2012 konnte sich das BVGer dann doch endlich durchringen, Espana des Landes zu verweisen.

Die heute fünfzehnjährige Tochter und seine Frau durften wegen der überlangen Verfahrensdauer aus humanitären Gründen

bleiben, seine 28-jährige Stieftochter wurde zwischenzeitlich sogar eingebürgert. Nicht so Espana, der sich 2009 von seiner Familie getrennt hatte, notabene, ohne je einen Rappen Unterhalt zu zahlen. Viermal wurde der Ecuadorianer zu Haftstrafen verurteilt, zumeist wegen kleinerer Delikte, einmal allerdings als Hehler einer professionellen Einbrecherbande. Die vom Centre social protestant in Genf gesponserten Anwälte und Ärzte machten beim BVGer geltend, Espana leide an einer posttraumatischen Störung wegen der Folter (die erwiesenermassen nie stattgefunden hat). Das Gericht liess sich nun aber nicht mehr beeindrucken und erklärte: Eine Behandlung dieses Leidens sei auch in Ecuador möglich.

Richter Karakas, Vucinic und Kuris

Diese Woche haben die Strassburger Richter Guido Raimondi, Isil Karakas, Nebojsa Vucinic, Helen Keller, Paul Lemmens, Egidijus Kuris und Róbert Spanó alles wieder zu Makulatur gemacht. Mauro Espana darf bleiben, die Schweiz muss ihm zudem 4500 Euro für die erlittene Unbill zahlen. Artikel 8 der Europäischen Menschenrechtskonvention (EMRK): Das Recht auf Familienleben sei verletzt worden. Der Mann möchte doch ab und an seine pubertierende Tochter sehen, und das wäre schwierig, wenn er in seiner Heimat lebte.

Das Bundesamt für Migration wollte zum Fall keine Stellung nehmen. Die *Weltwoche* musste also auf informelle Kanäle zurückgreifen, und dort war zu erfahren: Die 2012 rechtskräftig verfügte Ausschaffung wurde nie vollzogen, Mauro Espana lebt nach wie vor in Genf, von der Sozialhilfe. Theoretisch hat eine Beschwerde nach Strassburg zwar keine aufschiebende Wirkung. Um die Zeit zu überbrücken, reichten die Genfer Anwälte kurzerhand ein Wiedererwägungsgesuch ein. Und schon standen die Mühlen der Justiz wieder still.

Es ist nicht das erste Mal, dass Strassburg unter dem Titel «Menschenrechte» geltendes Schweizer Recht aushebelt und Kriminellen ein Bleiberecht verschafft. Vor einem Jahr sorgte der Fall eines Drogenschiebers aus Nigeria für Aufsehen, den die Schweizer Sozialhilfe nun durchfüttert, damit er seine Kinder sehen kann. Solche Urteile zeugen von ideologisch verbrämter Weltfremdheit, aber auch von Arroganz. Einst respektierte und geachtete Errungenschaften wie Asyl und Menschenrechte werden dabei zu einer Karikatur ihrer selbst, die keiner mehr ernst nehmen kann.

Freier Eintritt



Lydia Nsekera, erste Fifa-Frau.

Wäre die Fifa, die Vierbuchstaben-Uno des Fussballs, ein Staat, dann hätte sie zehnmal mehr Einnahmen als beispielsweise Burundi, das ärmste Land der Welt. Ihr Oberhaupt Sepp Blatter wäre länger an der Macht als ein Autokrat wie der Algerier Bouteflika. Sie wäre nur drei Jahre jünger als Australien. Ihre Spitzenfunktionäre hätten mehr Schmiergelder kassiert, als Silvio Berlusconi mutmasslich je ausgeschüttet hat. Und, das ist jetzt die Wirklichkeit, sie hat weniger Frauen in ihrer Regierung als Somalia, Oman und Bangladesch, die je zwei haben.

«Say something, ladies», leitete Blatter die epochale Umwälzung ein, «zu Hause redet ihr immer, jetzt könnt ihr hier mitreden.» Die erste und einzige Frau im 25-köpfigen Fifa-Exekutivkomitee, der Fussballregierung, heisst Lydia Nsekera, 47, und stammt aus einer alten Königsfamilie in Burundi. Ihr Vater war Präsident des lokalen Fussballklubs, für Mädchen war Fussball tabu. Lydia glänzte als Hochspringerin und spielte Basketball. Sie schloss ein Ökonomiestudium ab, führte einen Garagenbetrieb und wurde vor elf Jahren Witwe mit zwei halbwüchsigen Söhnen, einer leidet am Down-Syndrom. Sie organisierte 2004 den burundischen Fussballverband nach dem völkermörderischen Gemetzel mit dem Nachbarn Ruanda neu, 2009 trat sie ins Internationale Olympische Komitee (IOK) ein. Aber jetzt steht sie im Verdacht, wie manche ihrer Kollegen ihre Hand aufgehoben zu haben für katarische Bestechungsgelder.

Auch Staatspräsident Pierre Nkurunziza, 49, ist ein grosser Fussballfan. Er zieht am Wochenende mit seiner Plauschtruppe Halleluya FC durchs Land. In seinem Heimatdorf hat er ein Stadion bauen lassen mit Flutlicht, das nie ausgeht, obwohl nur zwei Prozent der Bevölkerung mit Elektrizität versorgt werden können. Neuerdings hat Nkurunziza ein Energiesparprogramm der besonderen Art verkündet. An jedem Samstag ist Joggen verboten, der Präsident fürchtet spontane Zusammenrottungen gegen sein Regime. Fussball bleibt erlaubt, und dank Lady Lydia haben Frauen zu allen Spielen freien Eintritt. Peter Hartmann

EU, ja gerne!

Von Alex Reichmuth — Bei den CO₂-Zielen für Autos ist ein Anschluss der Schweiz sinnvoll.

Es gibt derzeit Einfacheres, als für eine Annäherung der Schweiz an die Europäische Union zu plädieren. Seitdem bekannt ist, welchen Kolonialstatus die EU der Schweiz zudenkt, sind die letzten Sympathien für die Union weggebrochen. Doch in einem Bereich macht es durchaus Sinn, die Schweiz näher an die EU heranzuführen: bei den CO₂-Steuern für Autos.

2015 sollen Neuwagen noch 130 Gramm CO₂ pro Kilometer ausstossen. So hat es die Schweiz beschlossen. Sie hat damit den Richtwert der EU übernommen. Derzeit diskutiert das Parlament, ob sich die Schweiz auch an das Ziel der EU für 2021 halten soll: Bis dann sollen neue Autos noch 95 Gramm CO₂ ausstossen, also nochmals 27 Prozent weniger. Nur schon das Ziel für 2015 zu erreichen, wird aber schwierig, denn letztes Jahr kamen aus den Auspuffen von Neuwagen in der Schweiz effektiv 145 Gramm – nur vier Prozent weniger als 2012. Die EU hat derweil ihr Ziel für 2015 mit 127 Gramm bereits erfüllt. Allerdings trifft das nur für die 28 EU-Staaten insgesamt zu, nicht für jeden einzelnen. Das flache Dänemark etwa erfüllt die Norm bereits seit 2010. Vor allem einige Oststaaten hinken aber weit hinterher. Estland und Lettland lagen 2012 sogar bei über 150 Gramm. Aber auch Deutschland stösst deutlich mehr CO₂ pro Kilometer aus als die EU im Schnitt und erfüllt die Limite noch nicht.

Mischrechnung ausdehnen

In der Schweiz sind besonders viele starke und stabile Fahrzeuge auf den Strassen unterwegs – mit entsprechend hohem Treibstoffverbrauch. Autofreundliche Kreise sehen den Grund in der anspruchsvollen Topografie hierzulande. Mindestens so wichtig dürfte sein, dass die Schweiz wohlhabend ist und sich viele Leute ein grosses Auto leisten können. Jedenfalls macht es wenig Sinn, dass die Schweiz die CO₂-Ziele alleine erreichen muss, während die EU über alle Staaten mittelt. Die Lösung wäre einfach: Die Schweizer Werte fliessen in die Mischrechnung der 28 EU-Länder ein. Das würde deren Wert gerade mal um einen halben Prozentpunkt erhöhen, wie die *Automobilrevue* vorrechnete. Ein solcher Anschluss beeinträchtigt den Zweck der CO₂-Ziele nicht. Autohersteller, die die angestrebten Werte für ihre Neuwagenflotte nicht erreichen, müssten anteilmässig Strafsteuern in der Schweiz leisten. Aber zusätzlicher politischer Aktivismus, um die Ziele zu erreichen, wäre hinfällig.

Berner Catering

Von Peter Keller — Mehr Geld, weniger Anreize: Neues vom nationalen Finanzausgleich.

Nehmen ist seliger denn geben. Der Bund hat die neuen Zahlen für den nationalen Finanzausgleich (NFA) 2015 veröffentlicht. Das Töpfchen wird zum Trog: Insgesamt werden 4,91 Milliarden Franken umverteilt. Neun Gebirgskantone (ZH, SZ, NW, ZG, BS, BL, SH, VD, GE) stehen siebzehn Nehmerkantone gegenüber. Damit ist auch die politische Mathematik vorgegeben: Jede brauchbare Reform wird durch das Kartell der Nutzniesser abgeblockt.

Bei der Einführung des NFA hatte der Kanton Schwyz noch 44,7 Millionen Franken ein-



Unverkennbare Handschrift: Widmer-Schlumpf.

zuschiesse. 2015 werden es 161,6 Millionen sein. Rund viermal so viel. Parlament und Regierung sind gezwungen, Sparpaket um Sparpaket zu schnüren, während der Berner Bär seinen Winterschlaf aufs ganze Jahr ausdehnt. Wozu sich regen? Der Kanton kann sich auf das nationale Catering verlassen und jedes Jahr auf einen grösseren Zustupf bauen: 2008 erhielt Bern 881 Millionen (918 Franken pro Kopf), 2015 werden es 1,23 Milliarden sein (1253 Franken pro Kopf).

Dass sich ein Kanton auch anders entwickeln kann, zeigt Obwalden. Das einstige Armenhaus verbesserte seine Finanzkraft dank neuer Steuerstrategie rasant: Sie senkte die Pro-Kopf-Bezüge von 1891 Franken (2008) auf 849 Franken (2015). Nur bleibt Obwalden die löbliche Ausnahme.

Seit ein paar Wochen liegt der «Wirksamkeitsbericht» des Eidgenössischen Finanzdepartements vor, der die fünf Jahre seit Einführung des NFA untersucht hat. Abgesehen von kleineren Schwächen habe sich das System bewährt, lautet das Fazit. Die Handschrift der Chefin ist unverkennbar: Eveline Widmer-Schlumpf leitete jahrelang die Bündner Finanzdirektion. Ihr Heimatkanton bezieht 2015 pro Kopf 1398 Franken aus dem NFA-Topf.

Duden schludert

Von Max Wey — Die Online-Ausgabe des berühmten Wörterbuchs strotzt vor Fehlern.

Lieber Duden, ich denke, die vertrauliche Anrede ist angemessen, denn ich muss dir ins Gewissen reden. Lange Jahre war ich als Zeitungskorrektor tätig. Ich bin gut mit dir gefahren, und immer habe ich dir die Stange gehalten. Ich habe dich geschätzt. Da wollen wir doch mal im Online-Duden nachschlagen, wie die zweite Person Singular heisst: «du schätztst». So steht es dort. Nun bin ich pensioniert, man wird älter. Schauen wir doch zur Sicherheit im gedruckten Duden nach: «du schätzt» steht dort richtig. Ein einmaliger Ausrutscher? «Du schwätzt» ist richtig im Online-Duden. Aber schon bei «schwätzen» wird's wieder seltsam: «du schwätztst». Nein, lieber Duden, so geht das nicht.

Die zweite Person Einzahl von «reisen» wird doch wohl «du reist» heissen? Nein, der Online-Duden schert wieder aus: «du reisst». Und ich dachte, das ist die zweite Person des Verbs «reisen». Ebenfalls falsch: «du kotzst», «du hetzst», «du nutzst», «du stütztst», «du spritzst», «du stibitzst». Was ist bloss los mit dir, lieber Duden? Haben ein paar Anarcho-Linguisten deine Website gehackt? Oder machst du nur Spass? Der Eintrag «du spaßst» könnte darauf hindeuten. Wie man das wohl ausspricht?

Das muss aufhören, lieber Duden. Sonst ist es mit unserer Freundschaft vorbei. Ich brauche keine zwei Duden, einen gedruckten, seriösen

Grammatik ⓘ

schwaches Verb; Perfektbildung mit »ist«

Präsens	Indikativ
Singular	ich reise
	du reisst, reist

Haben Anarcho-Linguisten die Website gehackt?

und einen Online-Schluderi (schweizerisch!). Du enttäuschst mich. Ich habe dich immer verteidigt, habe immer zu dir gehalten, wenn es geheissen hat: «Ach, lass mich doch zufrieden mit deinem Duden. Ich schreibe, wie ich will.» Ja, so reden die in den Redaktionsstuben. Aber weisst du, was mich wirklich auf die Palme bringt? Ich habe das Kontaktformular benützt und dir eine Mail geschrieben mit der Bitte um Berichtigung. Was ist passiert? Nichts. Keine Reaktion, keine Korrektur. Nach deinen Betriebsferien, schätze ich, werden wir von dir hören.